Budget 2014 | Der Voranschlag bestätigt, dass finanzpolitisch auch im Wallis härtere Zeiten anstehen

Die Zeiten der Budgetkosmetik sind endgültig vorbei

SITTEN | Das Budget des Kantons ist vom Parlament abgesegnet worden. Reformen für die nächsten Jahren sind zwingend.

HEROLD BIELER

Zumindest in diesem Punkt waren sich am Freitag alle einig. Mit den (erwarteten) sinkenden (Steuer-)Einnahmen und den stets steigenden Kosten wird es in Zukunft nur noch schwer möglich sein, ein Budget zu erstellen, das die gesetzlichen Vorgaben der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse erfüllt. Für 2014 kann man diese Vorgaben im Budget noch knapp erfüllen. Wie die Rechnung dann aussehen wird, ist eine andere Frage. Denn trotz mehrstündigen Budgetdebatten gibt es immer noch Positionen, die primär Budgetkosmetik sind. Als Beispiel sei nur die Kürzung des Winterunterhalts von 3,5 Millionen Franken erwähnt.

Schwierige Aufgabe. Finanzminister Tornay, Sozialministerin Esther Waeber-Kalbermatten und Bildungsdirektor Freysinger (von links) müssen bis Ende Januar aufzeigen, wo sie 30 Millionen Franken einsparen können. FOTO WB

Noch 30 Millionen Franken einsparen

Das Ergebnis der Debatten war insgesamt klein. Der Grosse Rat hat zwar das Budget um fast eine Million Franken verbessert. Aber es gibt auch noch viele Unsicherheiten. Oskar Freysinger muss weitere zehn Millionen Franken in seinem Departement für Bildung und Sicherheit sparen. Esther Waeber-Kalbermatten fehlen bei der Gesundheit, der Kultur und im Sozialbereich acht Millionen Franken. Beide betonten in der letzten Woche mehrmals, dass sie kein Sparpotenzial mehr orten können. Bis Ende Januar, also in gut einem Monat, müssen sie trotzdem Vorschläge machen. Zudem muss die Regierung aufzeigen, wo sie in der Laufenden Rechnung insgesamt weitere zehn Millionen Franken einsparen will – und kann.

Die Verwaltung hat Speck angesetzt

Der Staatsrat hat einen Prozess zur «Überprüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates und der subventionierten Institutionen» lanciert. Das ist nicht neu. Das Wallis macht nur, was bereits zwei Drittel der Kantone auch mach(t)en. Im Wallis wurden die Strukturen und Aufgaben letztmals vor rund 20 Jahren im Rahmen des Projekts «Reformen 2000» durchleuchtet. Die Verwaltung hat Speck angesetzt.

Dazu gehört auch ein Audit der Aufgaben und des Personals sämtlicher Gewalten, der Schulen und der subventionierten halbstaatlichen Institutionen. Dieses Audit wird sich mit der Notwendigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der erbrachten Leistungen sowie der Kohärenz der zu ihrer Erbringung eingesetzten Mittel befassen. Die Ergebnisse werden allerdings erst für Ende 2015 erwartet.

Trotzdem neue Stellen für die Gefängnisse

Doch wo wird man und wo muss man wirklich sparen? Die Meinungen gehen da sehr weit auseinander. Die SVP will etwa im Sozial- und Asylbereich sparen. Der FDP/Liberale und der CVP sind vor allem die stets steigenden Personalkosten ein Dorn im Auge. Denn die Personalkosten steigen und steigen. Im nächsten Jahr sind es erneut 14 Millionen Franken, insgesamt 998,4 Millionen Franken. Die Milliardengrenze wird also spätestens 2015 geknackt. Mittlerweile gibt der Kanton Wallis jeden dritten Franken für Löhne und Gehälter aus. Der Bildungssektor ist ebenfalls üppig dotiert. Auch hier wird man in den kommenden Jahren nicht um Kürzungen umhin kommen. Trotzdem hat das Parlament in der vergangenen Woche zehn neue Stellen für Gefängniswärter geschaffen. Die personelle Situation ist dort offenbar derart prekär, dass in Notfällen sogar der Gefängniskoch für Ruhe und Ordnung sorgen muss…

Der Kanton Bern als Vorbild

Nur mit Budgetkosmetik geht es in Zukunft nicht mehr. Da braucht es schon einen mittleren Kraftakt, wie ihn etwa der Kanton Bern derzeit anstrebt. Im Kanton Bern wurden für das Budget 2014 Sparmassnahmen von rund 230 Millionen Franken beschlossen. Umgerechnet auf den Kanton Wallis wären das in etwa Einsparungen von 75 bis 80 Millionen Franken. Die Schulklassen werden grösser. Gekürzt wird auch im Gesundheits- und Sozialbereich. Die Bernerinnen und Berner werden auch mehr Steuern bezahlen müssen, denn die Aufhebung der Gesamtpauschale für Berufskosten spült dem Kanton mehr als 40 Millionen Franken in die Kasse. Im Kanton Bern werden im nächsten Jahr rund 40 000 Menschen keine Verbilligung der Krankenkassenprämien mehr erhalten.

Angst vor Steuererhöhungen

Steuererhöhungen sind im Walliser Parlament derzeit nicht denkbar. Die Linksallianz versuchte es in der vergangenen Woche zweimal vergeblich. Die Mehrheit des Parlamentes fürchtet Steuererhöhungen aber wie der Teufel das Weihwasser. Die Erhöhung der Pauschalsteuern wurde ebenso abgelehnt wie die Forderung von der Walliser Kantonalbank, mehr Dividenden zu verlangen. Aus Protest, dass im Wallis laut Fraktionschef German Eyer (Linksallianz) immer mehr Menschen am Hungertuch nagen müssen, während andere (reiche Ausländer) «wie die Maden im Speck leben», lehnte man deshalb das Budget ab. Dass Steuererhöhungen durchaus ein Mittel sind, zeigte der Kanton Luzern. Dort werden die Steuern für 2014 erhöht.

Die Prämienverbilligungen nivellieren

In einer Motion fordern die CVPO-Abgeordneten Manfred Schmid und Mischa Imboden im Juni 2013 eine «Nivellierung der Kostenexplosion im Bereich der Krankenkassensubventionen». Im Jahre 2000 wendete der Kanton Wallis für die Subventionen der Krankenkassenprämien acht Millionen Franken auf. Das Budget 2013 sah bereits 112 Millionen Franken vor. Die gesamte Unterstützung beläuft sich heute auf fast 200 Millionen Franken. Im Wallis werden laut den Motionären 8,7 Prozent vom durchschnittlichen Jahreseinkommen einer Walliser Familie für die Krankenkassenprämien benötigt. Der Kanton Wallis zahlt heute 55 Prozent an den gesamten Krankenkassensubventionen, der Bund 45 Prozent. Der Kanton Schwyz zahlt im Vergleich nur 25 Prozent.

Der Kanton bezahlt jährlich 350 Millionen Franken Subventionen an natürliche Personen aus. Der grösste Teil dieser Unterstützung, so die Motionäre, sei auch nötig und richtig. Das Steuergesetz sei in den vergangenen Jahren zu Recht familienfreundlich gestaltet und die Familien seien entlastet worden: «Die Familienzulagen sind im Wallis hoch und das soll auch so bleiben. Die Kriterien, um an die Krankenkassensubventionen zu gelangen, entsprechen aber nicht mehr der finanziellen Situation des Kantons Wallis.» Die gesetzlichen Grundlagen bezüglich der Krankenkassenprämien seien so zu ändern, dass pro Jahr eine Kostensenkung von 10 Millionen Franken erreicht werde. Als Referenz gilt die Rechnung des Jahres 2012. Es ist in etwa wohl jener Betrag, um den Esther Waeber-Kalbermatten 2014 die Subventionen (mindestens) wird kürzen müssen. Statt etwa 100 000 Menschen würden dann noch rund 95 000 Walliserinnen und Walliser Subventionen erhalten.